

"Die Europäer werden 1978 ihre Abgeordneten wählen" in La Libre Belgique (13. Juli 1976)

Legende: In einem Kommentar vom 13. Juli 1976 berichtet die Tageszeitung La Libre Belgique über die am Vortag auf dem Europäischen Rat in Brüssel getroffene Vereinbarung über die Zahl und die Verteilung der Sitze im Europäischen Parlament, das im Frühjahr 1978 zum ersten Mal gewählt werden soll.

Quelle: La Libre Belgique. 13.07.1976, n° 195; 93e année. Bruxelles: Edition de la Libre Belgique S.A. "Les Européens éliront leurs députés en 1978", p. 1; 3.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/die_europaer_werden_1978_ihre_abgeordneten_wahlen_in_la_libre_belgique_13_juli_1976-de-4091c53e-7f75-4fe8-a7b4-dde8ada05170.html



Publication date: 06/07/2016

Regierungschefs treffen historisches Abkommen über die Verteilung der Sitze im Parlament

Die Europäer werden 1978 ihre Abgeordneten wählen

Nach mehreren Monaten voller Winkelzüge und komplizierter Rechnereien haben sich die Regierungschefs der Gemeinschaft am Montag im Rat in Brüssel endlich auf ein Abkommen über die Bedingungen für die allgemeine Wahl zum Europäischen Parlament geeinigt. Das künftige Europäische Parlament wird im Frühjahr 1978 gewählt werden und zählt 410 Mitglieder. Jedes der vier großen Länder der Gemeinschaft (Deutschland, Großbritannien, Italien, Frankreich) wird je 81 Mitglieder in das Parlament wählen, die Niederländer 25, die Belgier 24, die Dänen 16, die Iren 15 und die Luxemburger 6.

Dieses Abkommen sollte dem Europa der Neun nun die Nähe zum Volk geben, die ihm bisher gefehlt hat. Zumindest aber räumt es das letzte Hindernis zur Abhaltung der ersten europäischen Wahlen aus. Zum ersten Mal können sich somit im Mai/Juni 1978 150 Millionen europäische Staatsbürger gleichzeitig zu den Urnen begeben, um 410 Abgeordnete zu wählen.

In der Tat waren etwas über eineinhalb Jahre intensiver und leidenschaftlicher Verhandlungen nötig, bis die Regierungschefs der Gemeinschaft sich schließlich auf dem Europäischen Rat in Brüssel am späten Montagnachmittag auf das Abkommen geeinigt haben. Auf dem Pariser „Gipfel“ vom Dezember 1974 war beschlossen worden, diesen Prozess umzusetzen, und zwar auf Druck der Mitglieder des derzeitigen Europäischen Parlaments, die von den nationalen Abgeordneten bestimmt werden. Es war keine leichte Aufgabe, denn es mussten sowohl die Interessen der „großen“ als auch die der „kleinen“ Länder berücksichtigt werden. Außerdem galt es, unter den „Großen“ das Misstrauen Frankreichs und Großbritanniens bezüglich jeder Art der Sitzverteilung auszuräumen, die ihnen nicht eine ausreichende Vertretung garantiert hätte.

Die Bundesrepublik Deutschland hingegen war sofort bereit, jegliche Formel zu akzeptieren. Nach einem Grundsatzabkommen auf dem Europäischen Rat von Rom im Dezember 1975 dauerte es über sechs Monate, bis endlich ein für alle akzeptabler Kompromiss gefunden wurde.

Um Frankreichs Wunsch nachzukommen, war der Ausgangspunkt für die letzten Entwürfe die von Valéry Giscard d'Estaing erfolglos auf dem letzten Europäischen Rat vorgestellte Kompromissformel, d. h. die derzeitige Zahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments, also 198 Abgeordnete. Auf dieser Grundlage wurden mehrere Lösungen vorgeschlagen, die alle mehr oder weniger die aktuellen Zahlen verdoppelten. Bei keiner einzigen aber war es gelungen, die Zustimmung aller neun Mitglieder zu erhalten. Nach Dreiecksverhandlungen zwischen Bonn, Paris und London glaubte man jedoch, eine Einigung finden zu können. Die neue Formel gewährte den vier „Großen“, also Deutschland, Großbritannien, Italien und Frankreich, 78 Sitze, den „Mittelgroßen“ 22 Sitze, Irland und Dänemark 14 und Luxemburg 6 Sitze.

Diese Formel stellt die „Großen“ zufrieden, da sie das Problem der Unterrepräsentation der kleinen politischen Parteien Italiens löste, Großbritannien eine gerechte Lösung für die Probleme seiner Regionen Schottland, Wales, und Nordirland bot und Frankreich eine Anzahl Sitze erhielt, die exakt der Proportion seiner Bevölkerung im Verhältnis zur Bevölkerung der Gemeinschaft entsprachen.

Einige „kleine“ Länder (Dänemark, Irland und die Niederlande) fühlten sich durch diese Entscheidung jedoch ein wenig benachteiligt. Sie sind fortan nicht mehr überrepräsentiert, wie es im derzeitigen Parlament der Fall ist, selbst wenn die vier „Großen“ zusammen nur 80 % der Sitze innehatten, während ihre Bevölkerung 87,7 % der europäischen Bevölkerung ausmacht.

Montagnachmittag sollten sich also die Regierungschefs wieder an die Arbeit machen und eine neue „magische“ Formel finden. Im Laufe des Nachmittags gab es mehrere, und schließlich einigte man sich am frühen Abend auf die „richtige“. Sie sah ein Parlament mit 410 Mitgliedern vor. Die vier „Großen“ (Deutschland, Italien, Großbritannien, Frankreich) kommen auf je 81, die Niederlande auf 25, Dänemark auf 16, Irland auf 15 und Luxemburg auf 6 Abgeordnete. Belgien wird über 24 Abgeordnete verfügen.

Diese Formel ermöglicht es auch, die Forderungen der „Kleinen“ auf zufrieden stellende Weise zu erfüllen. Zusammen werden sie mehr Abgeordnete haben als ein „Großer“ allein. Die Niederlande können ihre fast drei Millionen zusätzlichen Einwohner im Vergleich zu Belgien geltend machen, um einen Sitz mehr zu erhalten. Die Dänen und Iren können ihrerseits auch zufrieden sein. Sie werden verglichen mit ihrer Bevölkerung weit überrepräsentiert sein.

Keiner der Regierungschefs verbarg übrigens seine Befriedigung, als er sich Montagabend zum Palais d’Egmont begab, wo Leo Tindemans zum Diner lud. Letzterer müsste übrigens der „Star“ der Sitzung am Dienstag sein. Sein Bericht über die Europäische Union wird im Mittelpunkt der Beratungen am zweiten Tag dieses Europäischen Rates stehen. Die Regierungschefs haben sich ebenfalls vorgenommen, am Dienstag über die monetäre und finanzielle Situation, die Folgen des „Gipfels“ von Puerto Rico, Fischfang und Terrorismus zu diskutieren. Indessen ging es Montagabend am Tisch vor allem um Fragen der internationalen Politik, insbesondere Afrika.